

7.4.2014

ST.GEORGEN/GUSEN. Die Wahrnehmung historischer Orte der Zeit des Nationalsozialismus nimmt in den letzten Jahren in der Pfarre St. Georgen deutlich Gestalt an. Maßgeblichen Anteil daran hat das Gesamtprojekt „Denk.statt Johann Gruber“.

Der Leitfigur dieses Projektes war zu dessen 70. Todestag eine Gedenkveranstaltung gewidmet. Zahlreiche Besucher strömten vergangene Woche ins Johann Gruber Pfarrheim, unter ihnen Bundesminister Alois Stöger, Landeshauptmann Josef Pühringer, die Bischöfe Ludwig Schwarz und Maximilian Aichern sowie die Zeitzeugin Maria Hois - eine Nichte Grubers. Als Festredner konnte Anton Pelinka gewonnen werden. Musikalisch gestaltet wurde der Abend vom Duo Yevgenij Kobayakov am Akkordeon und Liudmila Beladzed (Cymbal). Der Jugendliche Simon Rögner verpackte seine Betroffenheit in einen Rap, den er mit Gesangskollegin Anna Baum dem Publikum präsentierte.

Der volle Wortlaut der Festrede

Professor Pelinka ging auf die Bedeutung der Erinnerungsarbeit für Gegenwart und Zukunft ein:

"Es gibt keine andere Region in Österreich, in der es weniger möglich wäre, den Nationalsozialismus zu verdrängen, als die Umgebung von Mauthausen und Gusen. Hier hat der Nationalsozialismus sein Gesicht gezeigt, das zu kennen freilich von Anfang an möglich gewesen wäre. Im Umfeld der Konzentrationslager Gusen und Mauthausen wurden zehntausende und zehntausende Menschen zur Zwangsarbeit gezwungen – in der offenen Absicht, sie durch diese Arbeit zu ermorden.

Tatsächliche und vermeintliche politische Gegner; Menschen, die als „asozial“ punziert waren – oder weil ihre sexuelle Orientierung dem totalitären System des NS-Staates nicht genehm war; Kriegsgefangene, die hier – entgegen den Bestimmungen des Internationalen Rechts – als Sklaven gehalten und als Sklaven ermordet wurden; und Menschen, die – weil als Angehörige von erfundenen „Rassen“ von vornherein als lebensunwertes Leben als Mordopfer ausersehen waten – als Jüdinnen und Juden, als Roma.

Mauthausen und Gusen waren eine Mordmaschinerie; eine Mordmaschine freilich, die – anders als die von vornherein nur für den Massenmord bestimmten Vernichtungslager in Polen – auch einer ökonomischen Rationalität folgte.

Mauthausen und Gusen sollten ja der Kriegswirtschaft zuliefern. Aber weil die Lebensdauer der Häftlinge so gering war, musste diese Mordmaschine immer wieder mit neuen Sklavenarbeitern gefüttert werden. Der Mord an den Häftlingen schuf immer wieder neuen Bedarf an neuen Opfern.

Es gibt heute – fast 69 Jahre nach der Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich, fast 69 Jahre nach der Befreiung von Mauthausen, fast 69 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes – so etwas wie einen breiten Konsens in Österreich, auf dessen Grundlage sich die Parteien eines Verfassungsbogens geeinigt haben: Österreich als Staat wurde vom deutschen Unrechtsregime überwältigt und sollte auf Dauer ausgelöscht sein. Österreich als Gesellschaft war aber an den Verbrechen des Unrechtsregimes beteiligt: In den Kommandozentralen der Wehrmacht, die den Angriffskrieg plante und exekutierte; in den Stabstellen der SS und ihres Sicherheitsdienstes; und in führenden Positionen in den Todeslagern.

Dass wir heute ein differenziertes Bild von Österreich in den Jahren zwischen 1938 und 1945 haben, bedeutet, dass wir nicht einem Entweder-Oder, einem Opfer-oder-Täter Bild verhaftet sind. Menschen in Österreich waren Täter, waren aktiv an der Mordmaschine beteiligt, bereicherten sich am geraubten Vermögen, und jubelten auch ohne Zwang dem Mordregime zu. Dass Menschen in Österreich sich aber auch

anders verhalten konnten, das zeigen viele Beispiele – wie auch das Beispiel von Johann Gruber. Aus vielen Gründen – aus politischen, religiösen, oder auch aus ihrem persönlichen Gewissen heraus leisteten sie Widerstand. Es sind diese Menschen, die uns Hoffnung machen; die uns nicht an diesem Land verzweifeln lassen. Es sind diese Menschen, denen wir – neben dem Sieg der Alliierten – unsere Freiheit verdanken.

Eine Gesellschaft als solche kann nicht schuldig sein. Sie hat aber Verantwortung zu tragen. Die Verantwortung Österreichs ist es, einen Beitrag zu dem „Nie Wieder“ zu leisten, das ein selbstverständliches Bekenntnis ist – und das freilich nur zu oft bloß unverbindlich geäußert wird. Um dieses „Nie Wieder“ verbindlich zu machen, ist es notwendig, auszusprechen, was ist; und zu tun, was im Sinne des „Nie Wieder“ selbstverständlich sein sollte. Es ist nicht möglich, „Nie Wieder“ zu sagen und mit den Politikern Bündnisse ins Auge zu fassen, mit Politikern, die aus der freiheitlichen Partei kommen und den Nationalsozialismus relativieren – etwa durch bewusst schillernde Vergleiche mit der Europäischen Union. Es ist nicht möglich, die Zweite Republik zu recht als das beste Österreich zu feiern, das es je gab, und über die ständige Infragestellung des Grundkonsenses dieser Republik aus kurzfristiger Parteitaktik hinwegzusehen. Es ist nicht möglich, 1945 als das Jahr der Befreiung zu definieren und gegenüber rechtsradikalen Umtrieben, die 1945 als die Niederlage ihrer Ideen einstufen, sich blind zu stellen. Und doch, das alles ist möglich – aus Gründen des tagespolitischen Opportunismus. Aber es ist nicht möglich, über die rechtsradikalen Umtrieben und Wortmeldungen schweigend hinwegzugehen – und intellektuell redlich zu sein; und politisch dem „Nie Wieder“ treu.

Es geht um den Grundkonsens dieses Österreich, das sich 1945 wieder als demokratische Republik begriffen hat – vor allem dank der Alliierten, die Österreichs Befreiung zu einem ihrer Kriegsziele erklärt hatte; und dank der Frauen und Männer, die – wie Johann Gruber – dem Terror des NS-Regimes ihren Mut entgegengesetzten. Dieser Grundkonsens ist geprägt von den Erfahrungen einer Republik – der Ersten, die Opfer autoritärer Tendenzen wurde; Opfer eines Mangels an demokratischer politischer Kultur, die 1920 – beim Beschluss der heute noch geltenden Bundesverfassung – ein starkes, wenn auch nur kurzlebiges Zeichen gesetzt hat. Dieser Grundkonsens ist aber auch und vor allem geprägt von den Erfahrungen eines Systems, das schon der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 seinen wahren Charakter demonstrierte – durch willkürliche Morde, willkürliche Beraubungen, willkürliche Demütigungen. Das alles was der sogenannte „Anschluss“.

Dieses Regime ist 1945 untergegangen – nach einem langen, zu langen Zögern der internationalen Gemeinschaft, in einem schrecklichen Krieg – einem Krieg, den das Deutsche Reich bewusst vom Zaun gebrochen hat. Das NS-Regime heute ist zu recht weltweit geächtet. Schon der Prozess von Nürnberg hat 1945 und 1946 gezeigt, was das Besondere, das Erstmalige dieses Regimes war: nicht der Angriffskrieg – dieses Verbrechen haben sich auch viele andere Regierungen schuldig gemacht. Nicht die Unterdrückung der politischen Freiheit – analoge Unterdrückungen begleitet die gesamte Geschichte der Menschheit, insbesondere auch die Geschichte Europas. Das Besondere, weil Erstmalige war der Holocaust; die perfekt geplante und perfekt durchgeführte Ermordung von Menschen, denen nichts anderes vorgeworfen werden konnte als eine bestimmte Herkunft.

Deshalb ist die Leugnung des Holocaust die Leugnung des spezifisch verbrecherischen Charakters des Nationalsozialismus. Alle anderen verbrecherischen Seiten des NS-Staates können vergleichend relativiert werden. Nicht relativiert kann die systematische Ermordung von Menschen werden, die von Griechenland und Norwegen, von den Niederlanden und eben auch aus Österreich

in die Vernichtungslager transportiert wurden – aus dem einzigen Grund ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einer absurd konstruierten „Rasse“. Der systematische Mord an Juden und Roma war – im Sinne der Begrifflichkeit von Yehuda Bauer – ein erstmaliges Verbrechen.

Es stimmt ganz einfach nicht, dass aus der Geschichte nicht gelernt werden kann. Die Zweite Republik Österreich hat aus den Fehlern der Ersten gelernt. Diese Zweite Republik ist nicht perfekt – Demokratie baut auch auf der Erkenntnis, dass gesellschaftliche Zustände niemals perfekt sein können. Aber diese Republik hat eine stabile demokratische Grundlage: Die Übereinstimmung, dass die Demokratie die relativ beste aller politischen Ordnungen ist, die wir kennen; und die Erkenntnis, dass die Demokratie auch zu verteidigen ist – gegen ihre Gegner. Diese Gegner sind dieselben, die sich in aberwitzigen Konstruktionen von Rassen ergeben; die eine biologische Ungleichheit konstruieren; die ihren Rassismus pflegen – ungeachtet der Tatsache, dass die Wissenschaft die Existenz von Rassen längst widerlegt hat. Der harte, der neonazistische Rechtsextremismus wird von einem weichen Extremismus begleitet, der zwar nicht den Holocaust leugnet; und der auch nicht das NS-Regime verteidigt. Der weiche Rechtsextremismus ist von einer vagen, zumeist überhaupt nicht durchdachten Identifikation mit bestimmten Aspekten des Nationalsozialismus gekennzeichnet: etwa von einer Nostalgie, bezogen auf die Deutsche Wehrmacht – eine Nostalgie, die in der Debatte über die Wehrmachtsdeserteure zum Vorschein gekommen ist: Die Republik Österreich verdankt ja ihre Existenz der Niederlage der Wehrmacht – und alles, was diese Niederlage beschleunigt hat, war im Interesse unserer demokratischen Freiheit. Die Republik Österreich existiert, weil „wir“ – die Bürgerinnen und Bürger dieser Republik – den Zweiten Weltkrieg nicht verloren, sondern objektiv und als Nutznießer auf der Seite der Sieger standen und stehen.

Dass es den Abstand von Jahrzehnten gebraucht hat, bis eine Würdigung der Wehrmachtsdeserteure möglich war, zeigt, wie schwierig eine rational begründete Bewusstseinsbildung ist. Rational war klar – und es entsprach auch dem Geist der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, dass jede Schwächung des nationalsozialistischen Deutschland im Interesse des demokratischen Österreich war. Aber es war ein Generationenwechsel notwendig, bevor diese rational überzeugende Erkenntnis auch das allgemeine Bewusstsein zu bestimmen vermochte.

Die Verspätung des Bewusstseins macht deutlich, wie wichtig die Öffentlichkeit und damit die Politik ist, Widersprüche zwischen rational erfassbarer Realität und einem dieser Realität nicht entsprechenden Bewusstsein offen anzusprechen. Die Öffentlichkeit und damit die Politik müssen Position beziehen. Für ein demokratisches Österreich sein, das bedeutet, die Antithese zu diesem Österreich zu benennen; das bedeutet, nicht nur den harten Rechtsextremismus zu verurteilen, sondern auch den weichen zu thematisieren.

Österreich ist frei, Österreich ist demokratisch, weil die Armeen der Alliierten die Streitkräfte des nationalsozialistischen Deutschland besiegten; und auch, weil Menschen wie Johann Gruber klar und unerschrocken parteilich handelten – parteilich für die Menschen, parteilich gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das anzusprechen und die Umsetzung dieser Einsicht in politisches Handeln einzufordern – dafür ist heute Gelegenheit.